

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Kurz kommentiert: US-Sondersteuer - Geldpolitik - Großbritannien - EG-Jugoslawien - Polen

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1980) : Kurz kommentiert: US-Sondersteuer - Geldpolitik - Großbritannien - EG-Jugoslawien - Polen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 3, pp. 113-114

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135413>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## US-Sondersteuer

### Keine Entlastung beim Ölimport

Knapp ein Jahr ist seit Präsident Carters Ankündigung vergangen, eine Sondersteuer auf die zusätzlichen Einnahmen zu erheben, die amerikanische Mineralölfirmen durch die stufenweise Freigabe der Preise für Erdöl aus einheimischer Förderung erzielen. Jetzt ist die Steuer vom Kongreß beschlossen worden, wenn auch nicht in ihrer ursprünglichen Form und im Gegensatz zum Entwurf des Präsidenten zeitlich begrenzt.

Die Zahl der Kritiker dieser Steuer ist von Anfang an groß gewesen. Unter anderem stellte sich ihnen die Frage, warum nur ein Wirtschaftszweig „windfall profits“ nicht realisieren soll – wobei anzumerken ist, daß es sich bei der Sondersteuer allerdings eher um eine Produktions- als um eine Gewinnsteuer handelt. Bei allen Vorbehalten ist jedoch anzuerkennen, daß sie einem guten Zweck dienen sollte: den verstärkten Einstieg in eine vom Ölimport unabhängige Energiewirtschaft zu finanzieren.

Die Hoffnung, daß in den USA die Einsicht in die Notwendigkeit gewachsen ist, alternative Energiequellen nutzbar zu machen, hat sich allerdings nicht erfüllt. Denn das Aufkommen aus der Steuer in Höhe von insgesamt 227 Mrd. US \$ soll nach dem Willen des Kongresses vor allem allgemeine Steuersenkungen ermöglichen und nur zum geringsten Teil im Energiebereich verwendet werden. So steht zu befürchten, daß den übrigen Ölimportländern durch die Steuer nur Nachteile entstehen werden: Einerseits wird nämlich die Erdölförderung der USA durch die Besteuerung (ausgenommen ist neu entdecktes Alaskaöl) eher behindert als gefördert werden, und zum anderen erfolgt die erhoffte forcierte Entwicklung einer alternativen Energiebasis nur mit gebremster Kraft. ma

## Geldpolitik

### Gefährlicher Zinsanstieg?

Seit geraumer Zeit befinden sich die Notenbanken der Industrieländer in einem Zinswettlauf, dessen neueste Runde die USA angeführt haben. Angesichts des wiedererstarkten Dollars konnte sich auch die Bundesbank diesem Zinstrend nicht entziehen. Zwar bedeutete die jüngste Anhebung des Diskont- und Lombardsatzes nur eine Anpassung an die bereits seit längerem bestehenden Zinsen am Geldmarkt, doch waren

diese ihrerseits das Ergebnis einer straffen Geldmengensteuerung.

Mit ihren Maßnahmen hat die Bundesbank deutlich gemacht, daß mit einer Zinssenkung so schnell nicht zu rechnen ist. Angesichts der Gefahr einer weiteren Inflationsbeschleunigung strebt sie für die Expansion der Zentralbankgeldmenge eher die untere Hälfte des Zielkorridors an. In diesem Lichte ist auch die gleichzeitig mit der Zinserhöhung beschlossene Ausweitung der Rediskontkontingente und die Aufhebung der Lombardbegrenzung nicht als ein Zeichen für eine leichtere Geldpolitik zu werten. Die Bundesbank wird einer zu reichlichen Ausnutzung dieser Finanzierungsquellen durch liquiditätsabschöpfende Maßnahmen entgegenwirken.

Angesichts des internationalen Zinswettlaufs wächst die Sorge vor einem geldpolitischen „Overkill“. Diese Sorge wäre um so weniger begründet, je mehr es gelänge, den Zinsanstieg auf die kurzen Fristen zu begrenzen. Solange die Antiinflationpolitik bei den Anlegern die Erwartung auf sinkende Inflationsraten stützt, brauchen die langfristigen Zinsen nicht wesentlich zu steigen. In den letzten Wochen bekamen allerdings die Anleger allenthalben – und nicht zuletzt auch von Vertretern der Bundesbank – zu hören, daß ein Anstieg der langfristigen Zinsen unvermeidlich sei. Die kurzfristigen Zinsen schlugen daraufhin auf die langfristigen durch. Diese Entwicklung – nicht aber die Anhebung der Notenbankzinsen – gibt Anlaß zur Besorgnis. Offensichtlich ist ein Stück von dem Glauben an einen baldigen Erfolg der Stabilisierungspolitik verlorengegangen. gm

## Großbritannien

### Krisenhafte Entwicklung

Das „schwarze Gold“ sollte die Grundlage für die Modernisierung der britischen Wirtschaft bilden. Die rasch gestiegene Ölförderung wurde bisher jedoch nicht zu einer Erhöhung der ohnehin sehr niedrigen Investitionsquote genutzt. Großbritannien – inzwischen zum Selbstversorger mit Öl avanciert – konnte jedoch seine seit Jahrzehnten schwache außenwirtschaftliche Position prinzipiell stärken. Damit hat sich zugleich der Spielraum für die autonome Inflationsrate ohne Abwertungsgefahr erhöht, der weitgehend ausgeschöpft wurde. Bei Lohn- und Preissteigerungen, die zu den höchsten in den westlichen Industrieländern gehören, hat sich das Pfund noch leicht aufgewertet.

Infolgedessen leidet Großbritannien inzwischen unter der „holländischen“ Krankheit: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit britischer Produzenten hat sich stark verschlechtert. Dies führte in den beiden letzten Jahren insbesondere zu einer starken Zunahme des Einfuhrvolumens. Obwohl sich die Terms of Trade für Großbritannien nicht verschlechterten, war das Defizit in der Handelsbilanz 1979 wieder recht hoch. Um Großbritannien wenigstens von der „englischen“ Krankheit, der Stagflation, zu heilen, ist die Regierung der Konservativen im vergangenen Sommer zu einer rigorosen Begrenzung der Geldmengenexpansion übergegangen. Sie scheint entschlossen zu sein, hieran festzuhalten. Eine tiefe Rezession ist damit vorprogrammiert, zumal für Anfang April „nur“ mit einem konjunkturneutralen Budget zu rechnen ist. Eine – zweifellos notwendige – Eindämmung der Inflation dürfte damit auch erreicht werden. Ob die Rezession als Sanierungsumweg aber letztlich auch zu einem steileren Wachstumspfad führt, erscheint aus heutiger Sicht mehr als zweifelhaft. wt

#### EG-Jugoslawien

### Abkommen „sui generis“

Am 25. Februar wurde in Brüssel nach mehr als zweijährigen Verhandlungen zwischen der EG und Jugoslawien eine Rahmenvereinbarung über eine Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, finanziellem und technischem Gebiet paraphiert. Das Kooperationsabkommen ist – mit Ausnahme der Handelsregelungen, die nur für die Dauer von fünf Jahren gelten sollen – unbestimmt.

In Belgrad darf man zufrieden sein: Jugoslawische Industrieprodukte können, bis auf geringe Ausnahmen in sensiblen Bereichen, zollfrei und ohne mengenmäßige Beschränkungen in die EG eingeführt werden. Auch im Agrarbereich wurden erhebliche Zugeständnisse gemacht. Jugoslawien verpflichtet sich seinerseits lediglich, der EG die Meistbegünstigung einzuräumen, und selbst von dieser Regelung sind unter besonderen Umständen Ausnahmen möglich. Damit handelt es sich de facto um ein Präferenzabkommen, obwohl diese Bezeichnung mit Rücksicht auf den Sonderstatus Jugoslawiens vermieden und offiziell von einem Abkommen „sui generis“ gesprochen wurde.

Das plötzliche Einlenken der EG ist vor allem politisch begründet: Nachdem die sowjetische Invasion in Afghanistan erneut Befürchtungen Auftrieb gegeben hatte, Jugoslawien könne seine Politik der Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion nach dem Tode Ti-

tos nicht mehr aufrechterhalten, standen die ungeklärten wirtschaftlichen Detailfragen offensichtlich in keinem Verhältnis mehr zu der politischen Bedeutung des Abkommens. Die Gemeinschaft will, indem sie mit dem Abkommen einen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität Jugoslawiens leistet, die ökonomische Basis für eine von der Sowjetunion unabhängige Politik des Landes stärken. Ob diese Rechnung aufgeht, bleibt abzuwarten. nt

#### Polen

### Giereks letzte Chance

Der VIII. Parteitag der Polnischen Volks- und Arbeiterpartei PVAP fand Mitte Februar in einer Phase wirtschaftlicher Unsicherheit und Instabilität statt. Im vergangenen Jahr sank erstmals in der Nachkriegsgeschichte Polens das Sozialprodukt, die Auslandsverschuldung erreichte einen Stand von 15 Mrd. \$, und rd. 75 % aller Exporteinnahmen in westlichen Devisen flossen in den Schuldendienst. Zur Zeit spekuliert man in westlichen Finanzkreisen darüber, ob Polen bereits mit Frankreich über die Verlängerung von Krediten verhandelt hat, die 1980 fällig werden.

Die Gegner Giereks sind aus dem Politbüro und der Regierung ausgeschieden. Für ihn und seine Anhänger bedeutet das wohl eine letzte Chance, denn für ein Mißlingen des nächsten Fünfjahrplans, der äußerst restriktiv angelegt ist, wäre nur er verantwortlich. Die in der Vergangenheit chronisch hohe Investitionsrate soll unter 20 % gedrückt werden. Das Volkseinkommen soll jährlich durchschnittlich nur um 2,8 bis 3,6 % steigen. Bis 1985 wird aber weder das Außenhandelsdefizit abgebaut noch die Ernährung der Bevölkerung durch die eigene Landwirtschaft gesichert werden können.

Gierek setzt langfristig auf den Export. Zwar denkt man zur Zeit vor allem noch an die Ausfuhr industrieller Fertigprodukte, doch zeigen die bisherigen Erfahrungen, daß hier Grenzen bestehen. Stärker als bisher werden daher die Rohstoffe Kohle, Kupfer und Schwefel, von denen Polen riesige Lagerstätten besitzt, exportiert werden müssen. Nicht zuletzt aufgrund der steigenden Weltmarktpreise für diese Rohstoffe könnte sich dadurch die Handelsbilanz verbessern. Eine Voraussetzung für die Stabilisierung der Wirtschaft ist aber auch die Verwirklichung der angekündigten Reformen bis 1983, die eine Dezentralisierung mit sich bringen sollen. Der wichtigste Punkt dürfte dabei die seit mehr als zehn Jahren überfällige Preisreform sein. ga